
Albert Schmid

Migranten und Flüchtlinge – Integration im Spannungsfeld von „nationaler Identität“ und „multikulturellen Träumen“

Einleitung

Im Koalitionsvertrag vom 11.11.2005¹ wurde unter der Überschrift „Migration steuern – Integration fördern“ zum Ausdruck gebracht, dass Migration und Wanderungsbewegungen „zentrale Herausforderungen unserer Zeit“ sind. Eine gelungene Integration der Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, sei von grundlegender Bedeutung für die innere Verfassung unserer Gesellschaft. Es wird klargestellt, dass die Integration von Ausländern in die deutsche Gesellschaft eine Querschnittsaufgabe vieler Politikbereiche ist.

Gleichzeitig wird bekräftigt, dass die Integrationsmaßnahmen auf Bundesebene beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gebündelt werden, das damit als Kompetenzzentrum für Integration gestärkt wird.

Dem intensiven Dialog, der mit den großen christlichen Kirchen und mit Juden und Muslimen geführt werden soll, wird besondere Bedeutung beigemessen. Ein interreligiöser und interkultureller Dialog sei nicht nur „wichtiger Bestandteil von Integrationspolitik und politischer Bildung“, so heißt es in der Vereinbarung, sondern der Dialog diene auch der Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus. Gerade dem Dialog mit dem Islam komme in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zu.

Ich teile dieses Verständnis von Integrationspolitik. Ohne einen konstruktiven Dialog, der auch Differenzen zwischen den Dialogpartnern eindeutig benennt, kann Integrationspolitik nicht nachhaltig wirken.

Das Nürnberger Forum blickt auf eine nunmehr 25-jährige Geschichte zurück – und hat sich durchgehend dem kulturellen und interreligiösen Dialog gewidmet, der vor dem Hintergrund der Pädagogik eine besondere Bedeutung hat. Wie auch bei den vergangenen acht Veranstaltungen wird die zentrale Grundidee beim IX. Forum konsequent weitergeführt:

Für Repräsentanten aus verschiedenen Bereichen wie der Pädagogik, der Religionen, aus Forschung und Lehre sowie der Politik ist das Nürnberger Forum ein Ort der Begegnung, der zu einem Meinungsaustausch einlädt und verschiedene Themenfelder des interreligiösen Dialogs und der interreligiösen Bildung aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet.

¹ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005, S. 136 ff.

Das Thema des IX. Nürnberger Forums, „Visionen wahr machen – Interreligiöse Bildung auf dem Prüfstand“ wird dem Anspruch erneut gerecht, Perspektiven aufzuzeigen für die künftige Gestaltung unserer Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die sich seit Einrichtung des Nürnberger Forums gewandelt hat - und uns auch heute vor vielfältige Herausforderungen stellt. Herausforderungen, die nur gemeistert werden können, wenn alle gesellschaftlichen Bereiche bereit sind zu einem konstruktiven Dialog, der geprägt ist von Offenheit, Toleranz und gegenseitigem Respekt, allerdings ohne Indifferenz.

Erlauben Sie mir nun ein paar Worte zum Thema: Migranten und Flüchtlinge – Integration im Spannungsfeld von „nationaler Identität“ und „multikulturellen Träumen“.

1. Multikulturelle Gesellschaft

1.1 Begriffliche Reflexionen

Ich wurde in einem Interview kürzlich schon einmal angesprochen auf die angeblichen „ideologischen Grabenkämpfe“, bei denen sich die Protagonisten gegenseitig entweder des Multi-Kulti-Gehabes oder aber des konservativen Einwanderungsleugnens bezichtigen. Ich bin der Meinung, dass „wir diesen Dissens mit sensibler Technokratie ziel führend entschärfen werden.“²

Gleichwohl sollte man den Begriff der multikulturellen Gesellschaft zunächst klären, denn vermutlich verbindet jeder etwas anderes damit. Wie so oft – ich denke nur an den all zu schnell ins Feld geführten Befund der „Parallelgesellschaften“ in Deutschland – ist Vorsicht bei der unreflektierten Verwendung mancher Begriffe geboten. Sie können schnell zu plakativen Slogans werden, mit denen leichtfertig umgegangen wird.

Zunächst eine klassische Definition:

„Es handelt sich um einen sozialwissenschaftlichen und politischen Begriff, der seinen wesentlichen Bezugspunkt darin hat, dass unter den Bedingungen weltweiter Migration zunehmend mehr Menschen unterschiedlichster kultureller Orientierungen, individueller Wertvorstellungen, religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und Muttersprachen in einer Gesellschaft zusammenleben bzw. aufeinander treffen und wo die wechselseitige Achtung und Anerkennung dieser verschiedenen kulturellen Muster und Leitvorstellungen für die Gesellschaft ständige Herausforderung und politische Aufgabe zugleich ist.“³

In der öffentlichen Debatte wird die Diskussion um eine „multikulturelle Gesellschaft“ häufig zum Synonym gemacht für grenzenlose Toleranz, gar Ignoranz gegenüber dem Tun von anderen ethnischen, kulturellen - generell andersartigen Gruppen, die sich selbst überlassen werden. Ebenso ist zu beobachten, dass der Begriff romantisiert und

² Stuttgarter Nachrichten, 24.05.2006.

³ Brockhaus – Die Enzyklopädie.

verklärt wird. Unter der Prämisse, Multikulturalität sei ausschließlich etwas die Gesellschaft Bereicherndes, werden die durch das Zusammenleben bzw. Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen entstehenden Konflikte häufig ausgeblendet. Beide Ansätze, positiv wie negativ, haben etwas Ausgrenzendes und können zum Gegenteil von Integration werden.

1.2 Entwicklung der Migrationsgeschichte

Die Vielfalt der Kulturen in unserer heutigen Welt sollte zunächst im Kontext der historischen und politischen Hintergründe von Zuwanderung betrachtet werden. Die Geschichte der Menschheit war und ist geprägt von Migration, von Wanderungsbewegungen. Der Historiker und Migrationsforscher Klaus J. Bade formuliert es so: „Den homo migrans gibt es, seit es den homo sapiens gibt. Denn Wanderungen gehören zur *Conditio humana* wie Geburt, Fortpflanzung, Krankheit und Tod“ (Bade 2002).

Schon im Alten Testament finden wir zahlreiche Äußerungen zu Wanderung und zu dem Umgang mit Fremden. So zieht Abraham auf Gottes Berufung hin mit seiner Sippe in das ihm verheißene Land Kanaan. Im 3. Buch Mose (Levitikus) trägt Gott dem Volk Israel auf: „Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen“ (3. Buch Mose 19, 33-34).

Im Griechischen bedeutet „Xenos“ sowohl „Fremder / Feind“ als auch „Gast / Freund“ (vgl. auch Homer). In Ciceros „*De officiis*“ heißt es: „Wer aber sagt, man müsse Rücksicht nehmen auf seine Mitbürger, nicht aber auf Ausländer, der hebt die alle umfassende Gemeinschaft der Menschen auf.“ (Drittes Buch, 28. Kapitel).

Auch im Neuen Testament gibt es Hinweise auf den Umgang mit „dem Fremden“, so zum Beispiel bei Lukas 10, 25: Der barmherzige Samariter:

25 Und siehe, da stand ein Schriftgelehrter auf, versuchte ihn und sprach: Meister, was muß ich tun, daß ich das ewige Leben ererbe? 26 Er aber sprach zu ihm: Was steht im Gesetz geschrieben? Was liest du? 27 Er antwortete und sprach: «Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüt, und deinen Nächsten wie dich selbst» (5. Mose 6,5; 3. Mose 19,18). 28 Er aber sprach zu ihm: Du hast recht geantwortet; tu das, so wirst du leben.

29 Er aber wollte sich selbst rechtfertigen und sprach zu Jesus: Wer ist denn mein Nächster? 30 Da antwortete Jesus und sprach: Es war ein Mensch, der ging von Jerusalem hinab nach Jericho und fiel unter die Räuber; die zogen ihn aus und schlugen ihn und machten sich davon und ließen ihn halbtot liegen. 31 Es traf sich aber, daß ein Priester dieselbe Straße hinabzog; und als er ihn sah, ging er vorüber. 32 Desgleichen auch ein Levit: als er zu der Stelle kam und ihn sah, ging er vorüber. 33 Ein Samariter aber, der auf der Reise war, kam dahin; und als er ihn sah, jammerte er ihn; 34 und er ging zu ihm, goß Öl und Wein auf seine Wunden und verband sie ihm, hob ihn auf sein Tier und brachte ihn in eine Herberge und pflegte ihn. 35 Am

nächsten Tag zog er zwei Silbergroschen heraus, gab sie dem Wirt und sprach: Pflege ihn; und wenn du mehr aus gibst, will ich dir's bezahlen, wenn ich wiederkomme. ³⁶ Wer von diesen dreien, meinst du, ist der Nächste gewesen dem, der unter die Räuber gefallen war? ³⁷ Er sprach: Der die Barmherzigkeit an ihm tat. Da sprach Jesus zu ihm: So geh hin und tu desgleichen!

Ebenso bezieht sich Kapitel 53 der Regeln des Heiligen Benedikt (Über die Aufnahme der Gäste) auf das Neue Testament und besagt:

„Alle Fremden, die kommen, sollen aufgenommen werden wie Christus; denn er wird sagen: ‚Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen.‘ (Mt 25,35).“

„Allen erweise man die angemessene Ehre, besonders den Brüdern im Glauben und den Pilgern (Gal 6,10).“

Aktuelle globale Entwicklung

Die absolute Zahl der Migrant*innen weltweit nahm von 81,5 Mio. im Jahr 1970 auf rund 200 Mio. Menschen im Jahr 2005 zu – so die aktuellen Angaben der International Organisation for Migration (IOM). Die Weltbevölkerung wuchs gleichzeitig von ca. 3,8 Milliarden im Jahr 1970 auf ca. 6,5 Milliarden im Jahr 2005. Dies zeigt, dass die absolute Zahl der weltweiten Migrant*innen zwar heute deutlich höher liegt als noch vor 35 Jahren, aber mit rund 3 % an der Gesamtbevölkerung statistisch immer noch relativ gering und konstant ist.

Diese Daten wurden auch von den Vereinten Nationen anlässlich der Migrationskonferenz in New York im September 2006 bestätigt. Insgesamt leben rund 200 Millionen Menschen nicht mehr in ihrem Heimatland. Nach dem letzten Bericht der Global Commission on International Migration von Oktober 2005 liegen die Hauptgründe für internationale Migration in den so genannten 3D-Faktoren: „development, demography and democracy“, also in den Unterschieden bei der Wirtschaftsentwicklung, der Demografie und der Demokratie. Da diese Unterschiede aller Voraussicht nach ständig größer werden, kommt die Global Commission zu dem Schluss, „dass die Zahl der Personen, die ihr Land verlassen möchten, in Zukunft weiter steigen wird“.

Entwicklung in Deutschland

Im europäischen Vergleich halten sich – absolut gesehen – die meisten ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland auf. Laut Ausländerzentralregister leben derzeit rund 6,75 Millionen Ausländer in Deutschland. Davon kommen rund 80 %, also rund 5,4 Mio. Menschen, aus Europa, wenn man alle europäischen Länder einschließlich der Türkei und der Russischen Föderation betrachtet. Davon stammen wiederum 2,16 Millionen Menschen aus den Staaten der Europäischen Union. Zu den zuwanderungsstärksten Gruppen der „alten“ EU-Länder gehören

- Italien mit ca. 540.000 Personen,
- Griechenland mit ca. 310.000 Personen

Bei den „neuen“ EU-Ländern ist Polen mit ca. 345.000 Personen das zuwanderer-stärkste Herkunftsland.

Mit Abstand die größte Gruppe ist aber die der türkischen Zuwanderer. Ca. 1,8 Millionen Menschen in Deutschland haben nach wie vor die türkische Staatsangehörigkeit. Wenn man die Zahl der eingebürgerten Personen hinzunimmt, kann man von rund 2,7 Mio. Menschen ausgehen, die aus der Türkei zugewandert sind bzw. die einen türkischen Migrationshintergrund haben.

Betrachtet man die vergangenen Jahrzehnte, so veränderte sich die Struktur der Zu-wanderung deutlich. Fünf Zuwanderungsphasen können unterschieden werden:

1. In den Nachkriegsjahren kamen zunächst Flüchtlinge und Vertriebene nach West-deutschland.
2. Seit 1955 führten die Anwerbevereinbarungen der Bundesrepublik mit den Mittel-meeranrainerstaaten zu einem verstärkten Zuzug. Ausgelöst durch die Ölkrise und steigende Arbeitslosigkeit wurde 1973 ein Anwerbestopp verhängt.
3. Schätzungen zufolge machte von Mitte der 1970er bis Ende der 1980er der Fa-miliennachzug, meist zu ehemaligen „Gastarbeitern“, mehr als die Hälfte des Gesamtzuzugs aus (Münz 1997)
4. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes stellen die frühen 90er Jahre eine Zäsur dar. Die Zahl der Asylbewerber und Aussiedler nahm stark zu:
 - auf 400.000 Zuzüge bei Aussiedlern aus den Gebieten der ehemaligen Sowjet-union im Jahr 1990
 - und 440.000 Asylantragsteller im Jahr 1992.Der im gleichen Jahr geschlossene Asylkompromiss und die Kontingentierung des Spätaussiedlerzuzugs führten zu einem kontinuierlichen und erheblichen Rück-gang beider Migrationsarten. Dieser Trend hält bis heute an.
5. Gegenwärtig befinden wir uns in einer Art „Konsolidierungsphase“. Allerdings: Die Bildung der Familieneinheit ist mittlerweile ein dominierender Migrations-faktor!

Insgesamt kamen im Jahr 2005 Jahr rund 80.000 Menschen im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs zu Spätaussiedlern oder Drittstaatsangehörigen. Die Zuwande-rung nach Deutschland beruht in diesen Fällen allein auf der grundgesetzlichen Deter-minante des Art. 6 GG, der mit Satz 1 Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt.

Damit ist Art. 6 auch eine migrationspolitische Schlüsselnorm, über die eine „privile-gierte Zuwanderung“ nach Deutschland stattfinden kann. Es handelt sich hierbei nicht um originäre Migration, sondern um Migration als eine Folge von Zuwanderung, die bereits früher stattfand. Die übrigen Formen der Zuwanderung, also vor allem Arbeits- und Asilmigration, sind derzeit von untergeordneter Relevanz. Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat die Formel der „gefühlten Zuwanderung“ geprägt⁴: Die

⁴ „Wir waren ein Einwanderungsland“, in: Die Zeit vom 08.06.2006, Nr. 24.

subjektiv als hoch empfundene Zuwanderung ist größer als die Zuwanderung, die tatsächlich stattfindet. Die Zuwanderung ist auf einem niedrigen Niveau angekommen. Dies bietet vor allem eine Chance: der Fokus der Integrationspolitik kann sich verstärkt auf die bereits hier lebenden Migranten richten.

Ein weiterer Aspekt ist entscheidend: Beinahe jeder fünfte hier lebende Mensch hat einen Migrationshintergrund. Insgesamt leben 15,3 Millionen Deutsche und Ausländer mit einer Zuwanderungsgeschichte in diesem Land. Zudem gibt es mehr Deutsche mit Migrationshintergrund als Ausländer. Während der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung knapp 8% ausmacht, stellen Deutsche mit Migrationshintergrund insgesamt 8,0 Mio. oder knapp 10 % der Bevölkerung.

Neben den beschriebenen Wanderungsbewegungen findet eine zunehmende wirtschaftliche und technische Globalisierung statt. Auch diese hat – zumindest mittelbar – Einfluss auf eine Verbreitung kultureller Vielfalt überall auf der Welt, ohne dass es zu einer tatsächlichen Migration von Menschen kommt.

Waren und Güter aus fremden Kulturen sind bei uns inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden. Auch über die Medien werden Bilder anderer Kulturen und deren Lebensgewohnheiten zu uns transportiert – gleichzeitig kann unsere Kultur im Zuge der Globalisierung in andere Gesellschaften einstrahlen.

1.3 Zwischenbilanz

Die deutsche Gesellschaft ist also eine Gesellschaft, die durch ihre Migrationsgeschichte ebenso wie durch das aktuelle Zuwanderungsgeschehen und den Trend zur Globalisierung im Laufe der Zeit vielfältiger geworden ist. Es leben hier Menschen verschiedener Herkunft mit unterschiedlichen Auffassungen und Religionen.

Das Miteinander geschieht ganz überwiegend friedlich. Es gibt zahlreiche Beispiele gelungener Integrationsgeschichten in unserem Land. Prof. Christian Pfeiffer bezeichnet diese als „Perlen der Integration“.

Mit Blick auf die verschiedenen Migrationsarten möchte ich erinnern an die große Zahl der Nach-Kriegsflüchtlinge und auch Gastarbeiter, die zu uns kamen und deren Integration nahezu unauffällig erfolgte – auch wenn häufig angeführt wird, man habe sie sich selbst überlassen. Wir sollten Zuwanderung daher nicht in erster Linie als Bedrohung empfinden, sondern auch als Chance und Bereicherung – und dies, wie Bundesinnenminister Dr. Schäuble ausdrückt, „dem Bevölkerungsteil klar machen, der keinen Migrationshintergrund hat“⁵.

⁵ „Integration in die Gesellschaft – Funktioniert ein multikulturelles Deutschland?“, Rede von Innenminister Schäuble vom 27.06.2006 anlässlich des Symposiums der Initiative Freiheit und Verantwortung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft am 27.06.2006 in Berlin.

2. Nationale Identität

2.1 Kampf der Kulturen?

Wir müssen gleichwohl feststellen, dass es in Deutschland Integrationsdefizite gibt, die verschiedene Ursachen haben – und die mitunter folgenschwere Formen annehmen können. Wir stehen gegenwärtig vor zwei markanten Integrationsproblemen: Zunächst ist die soziale Dimension zu betrachten. Wir stellen ein hohes Maß an fehlender Bildungskompetenz bei manchen Migrantengruppen fest. Ein weiteres Problem entsteht durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Traditionen und religiöser Bekenntnisse. Der so genannte „Multikulturelle Traum“ findet dort sein Ende, wo wir z.B. massive Probleme im schulischen Bereich oder in manchen Stadtteilen mit einer hohen Konzentration von Zuwanderern konstatieren. Wo wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass es im Deutschland des 21. Jahrhunderts Phänomene wie „Ehrenmorde“ und Zwangsverheiratungen gibt.

Auch der Karikaturenstreit und die heftigen Vorwürfe verschiedener Vertreter der muslimischen Welt, die auf den Vortrag von Papst Benedikt dem XVI. in der Universität Regensburg folgten, haben zu einer relativ starken Polarisierung des öffentlichen Diskurses geführt.

Davor können und dürfen wir die Augen nicht verschließen. Aber ist es damit zu dem viel zitierten „Kampf der Kulturen“, dem „Clash of Civilizations“, wie Samuel Huntington ihn im Jahr 1993 prophezeite, gekommen? Stehen sich der Westen einerseits und der Islam andererseits feindlich gegenüber – und zwar nicht nur global gesehen, an fernen Konfliktherden, sondern mitten in der von den verschiedenen Kulturen geprägten Pluralität unserer Gesellschaft?

Geben die Ereignisse des 11. September 2001, die Anschläge von London oder auch die aktuellen Ereignisse in unserer bundesdeutschen Wirklichkeit Huntington Recht?

Es gibt zahlreiche „Gegenentwürfe“ zu den Thesen Huntingtons. Angefangen bei Harald Müller mit seinem Werk „Das Zusammenleben der Kulturen“⁶ über die aktuellen Veröffentlichungen des Soziologen Karl Otto Hondrich⁷, der auf pointierte Weise die soziologischen Grundlagen von gesellschaftlichen Ein- und Ausgliederungsprozessen beschreibt. Bemerkenswert im Zusammenhang mit den Thesen Huntingtons ist auch ein Essay von Niall Ferguson, einem Kollegen und Nachbarn desselben. Ferguson spricht vom „Krampf der Kulturen“, indem er nachweisen will, dass fast alle Konflikte innerhalb eines Kulturkreises stattfinden – er spricht nicht vom Zusammenprall verschiedener Zivilisationen, sondern vielmehr vom Zusammenfall der Zivilisationen und belegt dies zum Beispiel anhand der Konflikte in Nordirland oder der Auseinandersetzungen von Schiiten und Sunniten im Irak.⁸

⁶ Harald Müller: Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington. Frankfurt am Main, 1998.

⁷ „Kampf der Kulturen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.04.2006, S. 6.

⁸ „Huntington liegt falsch“, Essay von Niall Ferguson, in: Die Welt, 10.03.2006.

2.2. Übertragung auf Deutschland und nationale Identität als Modus Vivendi

Wie steht es nun mit dem „Kampf der Kulturen“ in Deutschland? Karl Otto Hondrich führt aus:

„Kollektive Gefühle von Mehrheiten und Minderheiten sind die stärkste bewegende Kraft des sozialen Lebens. Der Streit sorgt dafür, dass die kollektiven Identitäten sich aneinander, in der Gegenseitigkeit bilden und dass sie zugleich einen Modus Vivendi finden. Diesen Modus, sofern er nicht in blanken Hass und Gewalt einerseits oder völlige Gleichgültigkeit andererseits ausmündet, nennen wir Integration. Integrieren heißt, dass sich unterscheidbare Teile (kollektive Identitäten) bilden und im gleichen Zuge in ein übergeordnetes Ganzes einfügen.“⁹

Was ist der Modus Vivendi, das übergeordnete Ganze? Wie definieren wir „nationale Identität“? Es gibt unterschiedliche soziologische und philosophische Ansätze, die versuchen, Identität zu definieren. Identität kann z.B. über Sprache geschaffen werden. „Die Sprache ist die Heimat des Geistes“, befand Martin Heidegger.

Zur Frage der „nationalen Identität“ kann Folgendes angemerkt werden: Unser Grundgesetz, geschaffen vor Jahrzehnten und in einer von den Kriegsereignissen und Kriegsfolgen geprägten Zeit, ist weitaus besser auf eine pluralistische Gesellschaft vorbereitet als manches Individuum im Staat – und das, obwohl die „Väter des Grundgesetzes“ nicht einmal erahnen konnten, wie sich die Welt im Zuge von Wanderungsbewegungen und Globalisierung in wenigen Dekaden entwickeln und vor welche Herausforderungen dies die bundesdeutsche Gesellschaft stellen würde.

Das Grundgesetz garantiert das allgemeine Persönlichkeitsrecht, die Gleichheit von Mann und Frau, die Meinungsfreiheit. Es stellt Ehe und Familie unter einen besonderen Schutz. Und in Deutschland herrscht Religionsfreiheit - was jedoch nicht gleich bedeutend mit Wertneutralität sein kann. Wir wollen eine Identifikation mit dem, was uns an Werten verbindet. Dies geht über eine formale Verfassungstreue hinaus. Der Staat ist weltanschaulich neutral, aber nicht wertneutral.

Was bedeutet dies konkret?

Menschen, die hier leben, können ihre Herkunftssprache pflegen. Sie können ihre Überzeugungen frei zum Ausdruck bringen und ein selbstbestimmtes Leben führen. Es ist ihnen erlaubt, ihre Familien nachziehen zu lassen. Sie können ihre Kultur und ihre Religion leben. Unsere Verfassung garantiert somit reale Vielfalt.

Es ist indes kein einseitiges Rechtsgeschäft, das das Grundgesetz tätigt. Es fordert auch Pflichten ein von jedem einzelnen, der hier lebt. Es schafft – nationale – Identität. Die im Grundgesetz festgelegten Normen und Werte spiegeln die Identität der deutschen Gesellschaft wider.

Sozialstaat, Rechtsstaat, Demokratie: dies sind die bindenden Kräfte, auf denen unsere Gesellschaft sich gründet. Sie gelten unumstößlich und verlangen nach einer Zustimmung durch diejenigen, die sich dauerhaft in Deutschland niederlassen.

⁹ „Integration als Kampf der Kulturen“ in: Wiener Zeitung vom 24.06.2006, www.wienerzeitung.at

Nur wer sich auf diese Werte ohne Vorbehalte und ohne Einschränkungen einlässt, sich mit den Werten identifizieren kann, die Ausdruck unserer Kultur und der Erfahrungen unserer Geschichte sind und die hierdurch eine nationale Identität vermitteln, kann Teil eines großen Ganzen werden, kann sich in diese Gesellschaft integrieren und von ihr wirklich aufgenommen werden.

Es geht demnach um eine friedliche Koexistenz auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung, die gleiche Rechte, Religions- und Meinungsfreiheit garantiert – und zugleich die bedingungslose Akzeptanz dieser grundlegenden Werte einfordert. Dieser Konsens ist Bestandteil der nationalen Identität.

Natürlich kann und wird das Zusammenleben auch in Zukunft nicht ohne Konflikte und Spannungen erfolgen. Demokratie lebt von einer lebendigen Auseinandersetzung. Die Probleme werden sich jedoch nicht von alleine lösen. Integration ist in diesem Sinne verstanden also ein umfassendes Konzept, das Multikulturalität und nationale Identität zusammenführt.

3. Integration

3.1 Der Rahmen

Integration muss erarbeitet werden, von beiden Seiten: den Zuwanderern, die auf Dauer in Deutschland leben wollen und die hier ihren Lebensmittelpunkt haben – und in Zukunft haben werden; aber zugleich auch von der aufnehmenden Gesellschaft, die Migranten nicht ignorieren kann, da sie ein Teil ihrer selbst geworden sind. Schlicht ausgedrückt bedeutet dies, dass nur der sich integrieren kann, der sich „willkommen und ernst genommen“ fühlt (vgl. W. Schäuble, SZ vom 26.09.2006).

Wie eingangs erwähnt, ist die größte Zuwanderergruppe in Deutschland aus der Türkei gekommen. Einige leben inzwischen zum Teil in der dritten Generation bei uns.

Damit ist auch die Frage der Religion zu einem bedeutenden Faktor der Integration geworden. Wir nehmen zwei Strömungen wahr: eine zunehmende allgemeine Säkularisierung einerseits, Fundamentalisierung andererseits. Hier ist tatsächlich ein Spannungsfeld gegeben. Doch wie wollen wir es lösen? Wie weit kann der Staat sich vorwagen? Um es „faustisch“ auszudrücken: Wie hältst du es mit der Religion?

Verschärfte soziale Probleme, Bildungsferne und Chancenlosigkeit führen häufig zu Orientierungslosigkeit. Hier kann die Religion an Bedeutung gewinnen, sie bietet Schutz, Geborgenheit und Identität. Hinzu kommt auf der anderen Seite die von vielen Muslimen als „Generalverdacht“ (vgl. W. Schäuble, SZ vom 26.09.2006) empfundene Wahrnehmung der Öffentlichkeit, der Islam sei gleich bedeutend mit Islamismus, gleich bedeutend mit der Unterdrückung und der Missachtung von Menschenrechten. Dieses subjektive Empfinden führt bei einem Teil der Migranten wiederum zu einem weiteren Rückzug in die eigene „community“, zu einem Festklammern an Traditionen

und der eigenen Kultur, zur Flucht in einen religiösen Fundamentalismus. Ein fataler Kreislauf, den es aufzubrechen gilt.

Dabei sollte man nicht das Trennende verstärken, sondern vielmehr nach den Gemeinsamkeiten, dem Verbindenden suchen. Und auch der gegenseitige Respekt voreinander ist ein unabdingbares Element, um die Gesellschaft der Zukunft gemeinsam mit den Migranten zu gestalten. Erst Kenntnis und Wissen um den anderen macht dialogfähig. Auch dies gilt für beide Seiten.

Dennoch sollten wir Geduld haben und uns auf unsere eigene, jüngste Vergangenheit besinnen. Es ist noch nicht lange her, dass eine Eheschließung zwischen den beiden christlichen Konfessionen, zwischen katholischen und evangelischen Partnern, verpönt oder sogar gesellschaftlich geächtet war. Die katholische Kirche hat im Zweiten Vatikanischen Konzil 1965 die Religionsfreiheit anerkannt.

Es muss jedoch unmissverständlich klargestellt werden: In unserer Gesellschaft sind Religionsfreiheit und das Recht auf freie Selbstbestimmung unveräußerliche Güter. Das Bekenntnis zu einer Religion oder Religionsgemeinschaft darf aber nicht ausschließen, sich mit den Werten unserer Gesellschaft zu identifizieren. Das beste Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist der von freiwilliger Überzeugung getragene Konsens eines funktionierenden Zusammenlebens.

Dies ist der gesellschaftliche Kontext, der Rahmen, der die Integrationsbemühungen einfasst. Ausgefüllt werden muss er in der Praxis durch konkrete Maßnahmen und Konzepte.

3.2. Integrationsförderung

Es gibt eine Vielzahl von Integrationsaktivitäten im operativen Geschäft. Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005, das nicht nur die Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung regelt, sondern sich in einem eigenen Kapitel der Förderung der Integration widmet, wurde ein wichtiger und richtiger Schritt getan. Dabei ist oberste Maxime der Grundsatz von Fördern und Fordern. Der Staat kann nur dann Integration fördern, wenn er den Migranten auch etwas abverlangt. Eigenes Engagement gehört dazu, aber auch, wenn nötig, die Pflicht, sich um die eigene Integration zu bemühen.

3.2.1 Integrationskurse und Projektförderung

Die vom Bundesamt organisierten Integrationskurse sind ein Erfolgsmodell. Weltweit einzigartig, bietet hier der Staat auf einer gesetzlichen Grundlage ein systematisches erstes Angebot für Menschen, die neu nach Deutschland zuwandern. Aber auch für Ausländer, die schon länger in Deutschland leben, werden die Kurse angeboten. Dass diese Gruppe die Mehrheit der Interessenten stellt, ist mehr als erfreulich, denn hier wird ein wichtiger Beitrag zur „nachholenden Integrationspolitik“ geleistet.

Es werden deutsche Sprachkenntnisse vermittelt. Durch den in den Integrationskurs implementierten Orientierungskurs wird eine Erstorientierung zum deutschen Gesell-

schaftssystem, zur Demokratie, Kultur und Geschichte geben. Dies alles wird praktisch, alltagsnah und in Orientierung an der Lebenswirklichkeit der Migranten vermittelt.

Die Sprache der aufnehmenden Gesellschaft zu beherrschen, ist eine elementare Voraussetzung auf dem Weg zur Integration in die Gemeinschaft. Dies wird auch von den Teilnehmern so gesehen, die unsere Kurse besuchen. Eine vom Bundesamt durchgeführte Studie hat ergeben, dass 90 % aller befragten Teilnehmer angeben, der Kurs helfe ihnen bei der Bewältigung ihres Alltags. Es sei leichter möglich, Kontakt zu Deutschen zu knüpfen.¹⁰

Die Resonanz auf die Kurse ist groß. Bisher nahmen oder nehmen rund 190.000 Zuwanderer an einem Integrationskurs teil (Stand 30.06.06). Bundesweit laufen derzeit weit über 8.000 Kurse, das Angebot ist flächendeckend. Besonders erfreulich ist der mit mehr als 64 % hohe Anteil von weiblichen Kursteilnehmern. Frauen sind eine wichtige Zielgruppe, die wir erreichen wollten – und erreicht haben. Denn sie gestalten auch wesentlich die Integrationsgeschichte und die Bildungschancen ihrer Familien, ihrer Kinder.

Für diejenigen, die aus kulturellen – oder auch religiösen – Gründen nicht an einem allgemeinen Integrationskurs teilnehmen können, bieten wir so genannte Frauenkurse an, die den besonderen Gegebenheiten Rechnung tragen können. Auch hier werden ebenfalls Deutschkenntnisse und die beschriebenen Werte vermittelt.

Die Verwendung der deutschen Sprache und die aufgezeigten Wege zur Partizipation sind letztlich Mittel zur Beförderung der Emanzipation ganz allgemein, aber auch zur kritischen Betrachtung von patriarchalischen Familienstrukturen.

Ergänzt wird das Angebot der Integrationskurse um eine zeitlich befristete Migrationserstberatung, die konzeptionell auf Eingliederungsverträge mit zugewanderten Menschen setzt und Wege aufzeigt, ein eigenständiges Leben in der deutschen Gesellschaft führen zu können. Der Leitgedanke heißt hier „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Zudem fördert das Bundesamt konkrete Projekte, die dabei unterstützen, die Integration vor Ort zu befördern. Hierzu gehören u.a. Maßnahmen, die den Dialog zwischen den Kulturen, zwischen Einheimischen und Migranten, den Dialog zwischen den Religionen initiieren und unterstützen.

3.2.2 Einbürgerung

Der Bundesinnenminister hat das Bundesamt nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 05. Mai 2006 damit beauftragt, ein Konzept für bundeseinheitliche Einbürgerungskurse zu entwickeln.

Das Konzept wird den Innenministern der Länder auf ihrer nächsten Konferenz im November vorgestellt. Auch wenn ich noch nicht auf Einzelheiten eingehen kann, möchte ich Ihnen einige Gedanken, die unsere Arbeit bestimmen, nicht vorenthalten.

¹⁰ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: „Integrationskurse - Erste Ergebnisse einer Teilnehmerbefragung“, Working Papers 05/2006

Manche betrachten die Einbürgerung als Schlussstein oder mindestens als Zenit der Integration. In jedem Fall stellt sie ein wichtiges Instrument zur Integration dar. Die Zuwanderer, die sich zu einer Einbürgerung entschließen, geben damit klar zu erkennen, sich mit der bundesdeutschen Gesellschaft und den hier geltenden Werten und Normen zu identifizieren.

Die Zahl der Einbürgerungen erreichte – im Zuge einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – mit mehr als 186.000 Personen im Jahr 2000 ihren Höchststand. Seitdem ist ein kontinuierlicher Rückgang festzustellen. Im Jahr 2005 nahmen rund 117.000 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit an. Wenn man die einzelnen Gruppen nach Staatsangehörigkeiten betrachtet, so wurden im vergangenen Jahr rund 32.000 Personen (27,9%) türkischer Herkunft eingebürgert, gefolgt von Zuwanderern aus Serbien und Montenegro mit 8.800 Personen (7,5%) und Polen mit ca. 6.800 Personen (5,9%). Das Statistische Bundesamt gibt als Ursache für rückläufige Zahlen vor allem die fehlende Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit an. Wir sind dabei, ein bundeseinheitliches Konzept zu entwickeln. Damit wird auch sichergestellt, dass sich jemand nicht nur pro forma als integriert und verfassungstreu ausgeben kann. Es wird, und zwar wesentlich vertiefter als die Erstorientierung, die im Rahmen des Integrationskurses vermittelt wird, um das Verhältnis von Religion und Staat, um die Stellung der Frau in der Gesellschaft, um Meinungsfreiheit, um all die anderen Werte unserer Gesellschaft gehen.

Es geht also um Kenntnisse und Bekenntnisse zu Deutschland. Um staatsbürgerliches Wissen einerseits. Um das Erlernen und Verinnerlichen von Werten andererseits. Wer den Unterschied zwischen weltanschaulicher Neutralität auf der einen Seite und das Bekenntnis zu den Werten auf der anderen Seite begreift und akzeptiert, kann für eine Einbürgerung in Frage kommen. Seine kulturelle Identität kann jeder behalten, der sich mit den Werten des Grundgesetzes identifiziert.

3.2.3 Dialog mit dem Islam (DIK)

Wir leben in einer säkularen Welt. Für viele ist Religion immer mehr zur Privatsache geworden. Umso mehr mag den ein oder anderen verwundern, vielleicht auch irritieren, wie sich die Religionszugehörigkeit der Muslime offenbart. Wir sehen verschleierte Frauen auf unseren Straßen. Es gibt Bürgerinitiativen und Gerichtsverfahren, um den Bau von Moscheen zu verhindern. Manche Eltern mögen es ablehnen, dass an den Schulen, die ihre Kinder besuchen, islamischer Religionsunterricht stattfinden soll.

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime wird auf etwa 3,2 Millionen Menschen geschätzt. Es geht also um eine allein zahlenmäßig bedeutsame Gruppe, die wir weder ignorieren können, noch sollten. Der gegenseitige Respekt voreinander ist unerlässlich für einen konstruktiven Dialog. In diesem Kontext hat Bundesinnenminister Schäuble die Deutsche Islamkonferenz einberufen. Auf Seiten des Staates nehmen Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden teil. Die Muslime werden durch Vertreter verschiedener muslimischer Verbände ebenso wie durch einzelne Persönlichkeiten repräsentiert. Die Konferenz ist als zwei- bis dreijähriger Dialogprozess angelegt – ein Instrument, mit dem Integrationsdefizite beseitigt werden können.

Es gibt dabei eine große Vielfalt von Themen, die angesprochen und diskutiert werden sollen: Hierzu gehört die flächendeckende Einführung von deutschsprachigem Islam-Unterricht an deutschen Schulen. Das vielbeachtete Modellprojekt „Islam-Unterricht“ in Erlangen, das mit dem Namen Prof. Lähnemann verbunden ist, hat hier bereits ausgezeichnete „Vorarbeit“ geleistet.

Auch geht es um die Ausbildung von Imamen sowie islamischen Religionslehrern an deutschen Universitäten. Nicht vernachlässigt werden können aber auch weitere Themen wie die Rechte der Frauen oder das Problem islamistischer Gewalt.

Natürlich geht es auch um das Verhältnis von Staat und Religion. Bundesinnenminister Schäuble hat es in der Öffentlichkeit schon mehrfach dargelegt, dass „die Beziehung zu den Religionsgemeinschaften eine ganz spezifische Sache ist“ und führt weiter aus: *„So wie wir zu der katholischen und der evangelischen Kirche Beziehungen haben, müssen wir in Deutschland versuchen – es ist schwierig, das zu leisten - ein Verhältnis zwischen Staat und muslimischen Gläubigen zu entwickeln. Dies ist allein schon auf Grund der inneren Organisation der Muslime sehr schwierig.“*¹¹

Denn der Islam mit seinen einzelnen Richtungen hat keine Strukturen, die mit denen der christlichen Kirchen vergleichbar wären. Es fehlt also ein konkreter Ansprechpartner für den Staat. Mit der Islamkonferenz wird nunmehr laut Innenminister Schäuble ein Weg gegangen, mit *„den Muslimen und allen anderen darüber zu reden, wie wir für das Ziel eines besseren Zusammenlebens, Zusammenwirkens und einer gemeinsamen Verantwortung für die Grundwerte unserer Verfassung, für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Toleranz, das Menschenmögliche tun können.“*

4. Schlussbemerkung

Unabhängig von den Instrumentarien, derer der Staat sich bedienen kann und von denen ich Ihnen einige dargestellt habe, ist jedoch festzuhalten, dass auch die Migranten einen großen Teil der Verantwortung tragen. Integration kann keine Aufgabe allein des Staates sein.

Integration ist vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, zu deren Bewältigung staatliche Förderinstrumente ebenso wie die Eigeninitiative und der Wille der Migranten zur Eingliederung unabdingbare Voraussetzungen sind. Sonst läuft jegliche Integrationsförderung ins Leere. Nur wenn der Einzelne seine „Integrationsgeschichte“ selbst in die Hand nimmt und mit Engagement vorantreibt, wird sich das Spannungsfeld der multikulturellen Träume und der nationalen Identität entzerren lassen. Ziel aller Integrationsbemühungen muss es daher sein, unter Beibehaltung der eigenen Identität die gemeinsame Verantwortung zu erkennen und den Willen zu haben, zusammen eine neue Gemeinschaft zu bilden.

¹¹ Rede von Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der ersten Beratung des Bundeshaushalts 2007.
